**Kooperationsvereinbarung
zwischen
der - Schule
und dem Kreisjugendamt Paderborn
bei
Beratungsbedarf/Schulverweigerung/Gefährdung des
Kindeswohls**

Die Bildungs- und Erziehungsarbeit als zentraler Aufgabenschwerpunkt der Schule ist in den §§ 1 und 2 des Schulgesetzes verankert (Anlage 1). Gemäß § 5 des Schulgesetzes (Anlage 1) arbeitet die Schule dabei mit Personen und Einrichtungen ihres Umfeldes zur Erfüllung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages zusammen. In gemeinsamer Verantwortung kooperiert die Schule u.a. mit den Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe. Hierauf fußt die Kooperationsvereinbarung zwischen der - Schule und dem Kreisjugendamt Paderborn.

Die Kooperation bezieht sich auf die Bereiche

- Beratung
- Schulverweigerung
- Kindeswohlgefährdung

1. Beratung

In der Erziehungsarbeit mit den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann es immer wieder zu Problemen kommen, deren Ursachen im häuslichen Umfeld angesiedelt sind. Gerade hier benötigen Lehrer, Lehrerinnen, die Beratungslehrerin, die Sozialpädagogin, die Erziehungsberechtigten und / oder die Kinder und Jugendlichen eine professionelle Beratung durch das Kreisjugendamt.

In diesen Fällen geht es um das Einholen von Rat bezüglich weiterer Vorgehensweisen, Vermittlung von Adressen externer Beratungsstellen, Information über Angebote der Jugendhilfe, Beratungsmöglichkeiten und Kursangebote des Kreisjugendamtes für Erziehungsberechtigte, Kinder und Jugendliche, etc. Es besteht auch die Möglichkeit der anonymen Beratung, ohne dass spezifische Daten preisgegeben werden

Verfahren: In der ersten Klassenpflegschaftssitzung für die Erziehungsberechtigten der 5. Klassen macht die Schule auf Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Kooperationspartner (Bildungs- und Teilhabepaket, Jugendhilfe, Schulberatungsstelle, Erziehungsberatungsstellen) aufmerksam.

Bei Beratungsbedarf im Laufe des Schuljahres erfolgt die Kontaktaufnahme mit dem Jugendamt über die Schule mit Zustimmung der Eltern formlos durch die LehrerInnen, die Beratungslehrerin, die Sozialpädagogin oder die Schulleitung, die die entsprechenden Informationen an die Erziehungsberechtigten, Kinder, Jugendlichen bzw. LehrerInnen weitergeben.

Hiervon unberührt bleibt das Recht jeder/jedes Erziehungsberechtigten und jedes Kindes/Jugendlichen sich direkt an das Jugendamt zu wenden.

2. Schulverweigerung

Das Schulgesetz besagt im § 41, dass Lehrer, Lehrerinnen und Schulleitungen verpflichtet sind, Schulpflichtige, die ihre Schulpflicht nicht erfüllen, zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten und auf die Eltern einzuwirken. Bleibt die pädagogische Einwirkung erfolglos, leitet die Schule ein Schulversäumnisverfahren ein (Anlage 2).

Die Einleitung dieser rechtlichen Schritte hat lediglich begrenzte Wirkungen, da sie nur in den wenigsten Fällen zu Erfolg, d. h. zu einer Verhaltensänderung führt.

Die Schulverweigerungshaltung hat vielfältige Ursachen und hat sich oft über Jahre hinweg entwickelt. In diesem Zusammenhang ist das frühzeitige Eingreifen besonders wichtig, d.h., schon wenn erste Anzeichen einer passiven Schulverweigerungshaltung zu erkennen sind.

In Kooperation zwischen der Schule und dem Kreisjugendamt soll versucht werden, die Ursachen für die passive und aktive Schulverweigerungshaltung zu klären und den Schulverweigerern und deren Erziehungsberechtigten Hilfsangebote aufzuzeigen.

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Schulamt und freien Trägern werden Maßnahmen für Schulverweigerer entwickelt, an denen das Jugendamt sich im Einzelfall beteiligt.

Verfahren:

Die Schulleitung benachrichtigt das Kreisjugendamt mit Hilfe eines Formblattes (Anlage 3), das Informationen zu folgenden Punkten enthält: Name, Anschrift, Fehlzeiten, vermutete Ursachen, Zusammenhänge, bisherige schulische Maßnahmen.

Das Kreisjugendamt und die Schule beraten gemeinsam die weitere Vorgehensweise.

Das Jugendamt und die Schule suchen das gemeinsame Gespräch mit den Erziehungsberechtigten und der Schülerin / dem Schüler.

3. Gefährdung des Kindeswohles

Gemäß § 42 Abs. 6 SchulG ist die Schule verpflichtet, jedem Anschein von Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern ihrer Schule nachzugehen und rechtzeitig über die Einbeziehung des Jugendamtes oder anderer Stellen zu entscheiden (vgl. Anlage 1).

Zur Aufgabe des Jugendamtes gehört der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl. Bei Gefährdungen des Kindeswohls ist das Jugendamt zur Einleitung der erforderlichen Maßnahme verpflichtet (vgl. 3 8a SGB VIII). Diese Aufgabe wird in _____ vom Kreisjugendamt übernommen.

Verfahren der Schule und des Jugendamtes:

Die Schule geht jedem Anzeichen einer Misshandlung oder Vernachlässigung im Rahmen des § 42 Abs. 6 SchulG nach. Bei Unsicherheiten wird entsprechend dem Beratungsanspruch gem. § 8b Abs. 1 SGB VIII die Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft eingeholt. Für die Beratung sind die Daten der Betroffenen zu anonymisieren. Für die Beratung stehen die im Flyer des Jugendamtes „Kinder wirksam schützen“ genannten Fachkräfte zur Verfügung (Anlage 6).

Das Verfahren zeigt der Schule Kriterien auf für die Entscheidung, ob zur Sicherung des Kindeswohls eine Mitteilung an das Jugendamt erforderlich ist, damit von dort ggf. weitere Hilfen und Schutzmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die Schule bezieht das Jugendamt ein, wenn

- die Erziehungsberechtigten die Unterstützung der Schule nicht in Anspruch nehmen und / oder getroffene Vereinbarungen und Maßnahmen nicht einhalten oder umsetzen.
- die Schule keine Gewissheit darüber bekommen kann, ob durch die geleistete Unterstützung in der Schule einer möglichen Kindeswohlgefährdung wirksam begegnet werden kann
- eine Gefährdungssituation nicht abschließend beurteilt werden kann und für die Risikoeinschätzung die fachliche Beurteilung durch das Jugendamt erforderlich erscheint.

Die Information an das Jugendamt erfolgt mit dem Vordruck „Meldebogen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung“ (Anlage 4) unter Hinzufügen der Einschätzungsliste (Anlage 5).

Das Jugendamt stellt nach erfolgter Mitteilung durch die Schule das intern geregelte Verfahren „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen gem. § 8a SGB VIII“ sicher.

Weitere Handlungsschritte werden einzelfallbezogen zwischen den fallzuständigen Fachkräften des Kreisjugendamtes und der Schule abgestimmt und dokumentiert.

Akute Gefahr für das Kindeswohl

Ergibt die Beobachtung durch die Schule, dass zum Schutz von Minderjährigen sofortige Hilfen oder dringend weitere (gerichtliche) Maßnahmen erforderlich sein könnten, wird das Jugendamt sofort von der Schule einbezogen. Soweit die Gefährdungssituation es noch zulässt, erfolgt die Information schriftlich unter Verwendung des Formulars „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen gem. § 8a SGB VIII“ (Anlage 4).

Bei direkter Gefahr wird der Schutz des Kindes unmittelbar durch geeignete Maßnahmen (ggf. unter Hinzuziehung der Polizei) durch die Schule sichergestellt und das Jugendamt umgehend informiert und hinzugezogen.

4. Datenschutz und Verschwiegenheit

Zwischen den Kooperationspartnern besteht Einigkeit, dass die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 120 SchulG (Schutz der Daten von

Schülerinnen und Schülern und Eltern) und der § 65 SGB VIII zum Schutz von Sozialdaten Anwendung finden.

5. Partizipation der Schule in der Hilfeplanfortschreibung

Die Schule ist mit zunehmendem Betreuungsangebot Lebensraum der Schülerinnen und Schüler. Eine Rückmeldung von Seiten der Schule kann aus diesem Grund für das Hilfeplangespräch nach § 36 SGB VIII von Bedeutung sein. Darüber hinaus fördert es die Kommunikation unter den beteiligten Fachkräften zum Wohl des Kindes. Das Kreisjugendamt wird mit Blick auf die Jugendhilfeleistung überprüfen, ob ein Vertreter der - Schule (Schulsozialarbeiter) zum bevorstehenden Hilfeplangespräch einzuladen ist. Das Einverständnis der/ des Sorgeberechtigten ist für die Teilnahme eines Vertreters der Schule am Hilfeplangespräch unumgänglich.

6. Evaluation

Zu einem vereinbarten Termin erfolgt ein Entwicklungs- und Planungsgespräch über die Zusammenarbeit zwischen der - Schule und dem Kreisjugendamt Paderborn.

Datum

Schulträger

Schulleitung

Kreisjugendamt Paderborn
Amtsleitung

Schulsozialarbeit